

## Zion 86 – Zusatzinformationen für Lehrer

1. 1985 bzw. 1986 beeinflussen zwei sehr unterschiedliche Ereignisse in der Sowjetunion die weitere Entwicklung in den Staaten des Ostblocks.

a) Am 11. März 1985 wird Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) gewählt. Auch angesichts großer wirtschaftlicher Probleme in der Sowjetunion schlägt er sowohl in der Innenpolitik als auch in der Außenpolitik einen Reformkurs ein, der die Demokratisierung der sozialistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa befördert. Michail Gorbatschow kündigt an, dass sich die Sowjetunion nicht mehr in die inneren Entwicklungen der anderen Ostblock-Staaten einmischen werde. Die Staatsführungen sind nun auf sich gestellt, wenn sie weiterhin gegen die Oppositionsbewegungen vorgehen wollen. In Polen und Ungarn setzen bereits 1987 bzw. 1988 demokratische Reformen ein. In der DDR will sich die Parteiführung um Erich Honecker nicht dem Reformkurs anschließen. Es dauert noch bis 1989, bis die SED-Diktatur zusammenbricht.

Am 26. April 1986 ereignet sich im Atomkraftwerk Tschernobyl ein Super-Gau. Die Auswirkungen dieser Reaktorkatastrophe sind in weiten Teilen Europas zu spüren und zeugen von den Gefahren, die die zivile Nutzung der Kernkraft in sich birgt. Viele Tausend Menschen, die direkt von der Katastrophe betroffen sind, erkranken und sterben an den Spätfolgen des Super-Gaus. Im Zusammenhang mit den Ereignissen rückt der Umweltschutz stärker in das gesellschaftliche Bewusstsein. Nicht nur im Westen, sondern auch in den Ostblock-Staaten bilden sich daraufhin Umweltinitiativen. Weil deren Positionen sich nicht mit den offiziellen Positionen der Staatsführung decken, sind solche Gruppen staatlichen Repressalien ausgesetzt.

b) Beides sind Begriffe aus dem Russischen. Glasnost bedeutet Offenheit oder Öffentlichkeit und Perestroika kann mit Umbau bzw. Reorganisation übersetzt werden. Michail Gorbatschow möchte eine für die Bevölkerung transparente Politik machen. Zudem fordert er Offenheit gegenüber Kritik und einen offenen Umgang mit eigenen Fehlern. Die Reformen, die Gorbatschow einleitet, fasst er zu dem Begriff Perestroika zusammen, weil er den Sozialismus reformieren und lebensfähig machen will.

c) Die sowjetische Reformpolitik stößt bei den SED-Obersten auf Widerstand, die wachsende oppositionelle Bewegung wird unterdrückt. Die SED-Führung ist nicht bereit, den Reformkurs aus Moskau einzuschlagen. Die Staats- und Parteiführung in der DDR, insbesondere Erich Honecker setzen sich zunehmend von Michail Gorbatschow ab und halten an ihrem kompromisslosen Kurs fest.

(Zeitraum ca. 45 min)

2. Ein Beispiel für die Zensur durch die DDR-Behörden ist das Verbot des Sputniks. Diese 1967 gegründete sowjetische Zeitschrift erscheint in Übersetzung auch in verschiedenen anderen Ländern. Seit den Reformbemühungen von Gorbatschow werden darin auch verstärkt kritische Beiträge veröffentlicht.

a) Der „Sputnik“ widmet sich ab Mitte der 1980er Jahre verstärkt der politischen Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte. Es werden kritische Beiträge zu den ehemaligen Staatsführern Josef Stalin und Leonid Breschnew verfasst und vormals verbotene Schriftsteller dürfen im „Sputnik“ nun ihre Texte veröffentlichen. Die DDR-Führung tut sich zunächst schwer, gegen die Zeitschrift vorzugehen. Als aber in der Ausgabe von November 1988 ein Artikel über den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt und eine Kritik an der Stalin hörigen KPD in der Weimarer Republik erscheint, entschließen sich die SED-Funktionäre zum Handeln.

b) Das Verbot der Zeitschrift erzeugt vielfachen Protest. Der kommt von staatsnahen Organisationen wie der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische-Freundschaft (DSF) ebenso wie von Oppositionsgruppen und einzelnen Bürgern. Die landesweiten Proteste finden in Betrieben sowie Schulen und Universitäten statt. Das besondere an der Kritik des Sputnik-Verbotest ist, dass sie oftmals von Mitgliedern der SED formuliert wird. In Betrieben kommt es zu Arbeitsniederlegungen, um gegen das Sputnik-Verbot zu demonstrieren. In Schulen und Universitäten wird öffentlich darüber diskutiert. Russische Studenten in der DDR protestieren ebenfalls gegen die Maßnahme der SED-Führung. Ihnen wird mit Ausschluss vom Studium und Rückführung in der Sowjetunion gedroht. Selbst gegen die kritisierenden Genossen geht die Parteispitze hart vor. Ihnen wird mit Parteiausschluss angedroht.

(Zeitraumen ca. 30 min)

3. Trotz der neuen Politik Moskaus zeigt sich die DDR gegenüber Oppositionellen und Andersdenkenden hart. Die Themen der Oppositionsbewegung und ihre Aktionen werden von den DDR-Medien, die ausnahmslos durch die SED kontrolliert werden, verschwiegen oder man berichtet nur negativ darüber.

a) Was Öffentlichkeit und was Meinung ist, definiert die SED. Um den Anspruch auf totale Kontrolle der Öffentlichkeit durchzusetzen, lenkt und kontrolliert der Staat alle Medienbereiche: Presse, Rundfunk und Fernsehen. Zur Aufrechterhaltung der eigenen Macht ist es besonders in Diktaturen wichtig, das Informationsmonopol nicht aus der Hand zu geben. Somit hat die DDR-Führung die Möglichkeit, die Meinung in der Bevölkerung zu manipulieren und nur die Informationen zuzulassen, die der SED genehm sind.

b) Mit Hilfe verschiedener Medien versucht die DDR-Opposition angesichts des Informationsmonopols der SED eine Gegenöffentlichkeit herzustellen und über ihre Ansichten und Aktionen zu berichten. Sie nutzt dafür einerseits „Guerillamedien“ wie z.B. Postkarten oder Flugblätter. Andererseits, davon berichten die Zeitzeugen, findet sie ein Sprachrohr in den Westmedien und erreicht damit nicht nur die Bevölkerung im Westen, sondern auch in der DDR. Insbesondere die Massenmedien bieten die Möglichkeit, viele Menschen zu erreichen. Zudem wird es für die DDR-Behörden schwerer, unauffällig gegen Oppositionelle vorzugehen, wenn in den Westmedien darüber berichtet wird. Gegen Verhaftungen von Andersdenkenden formiert sich aufgrund von Medienberichten Protest,

der manchmal auch zur Freilassung führen kann. Durch eigene Medien oder die Nutzung westlicher Medien kann das Informationsmonopol des Staates umgangen werden und eine unverfälschte Wirklichkeit wiedergegeben werden. Staatliche Manipulationen greifen hier nicht.

c) Mit Radio Glasnost soll die DDR-Opposition eine eigene Stimme im legalen Rundfunk erhalten. Als einstündiges Format startet die Sendereihe „Radio Glasnost – außer Kontrolle“ auf einem West-Berliner Privatsender im August 1987 mit festem Sendeplatz am letzten Montag eines jeden Monats. Die einzelnen Beiträge werden im Osten auf Tonband aufgenommen und nach West-Berlin geschmuggelt. Ein West-Ost-West-Transportnetz wird organisiert. Beteiligt sind Journalisten, Diplomaten und Bundestagsabgeordnete der „Grünen“. Die Beiträge aus Ost-Berlin liefert hauptsächlich Siegbert Schefke. In 27 Sendungen berichtet Radio Glasnost bis Anfang 1990 über oppositionelle Aktivitäten in der ganzen DDR und sendet Musik von DDR-Liedermachern, Independent-Gruppen und Punk-Bands.

d) In dem Artikel wird deutlich, dass die SED jede kritische Öffentlichkeit als erhebliche Bedrohung betrachtet. Widersprüchlicherweise proklamiert sie stattdessen ihre eigene Fähigkeit zum Dialog. Der Empfang des Programms soll durch Störsender verhindert werden. In der Propaganda wird Radio Glasnost als ein Hetzer- und Lügen-Programm des kapitalistischen Klassenfeindes bezeichnet. Die Beanspruchung des Begriffes Glasnost, der in der Sowjetunion für Reformen steht, wird zurückgewiesen. Dem Sender wird unterstellt, Fehlinformationen zu verbreiten und die Politik der DDR zu verunglimpfen.

(Zeitraumen ca. 45 min)

4. Eine andere Möglichkeit an die Öffentlichkeit zu treten, ist die Herausgabe von Protest-Blättern im Samisdat (Selbstverlag). Über die ganze DDR verteilt erscheint eine Vielzahl solcher Veröffentlichungen, die von unterschiedlichen Gruppen publiziert werden.

a)  
grenzfall

Die erste Ausgabe des grenzfall erscheint 1986 als neun Fotos, die zusammengetackert sind, mit einer Auflage von 50 Stück. Nachdem die ersten drei Ausgaben noch unregelmäßig erscheinen, schaffen es die Herausgeber von der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) ab 1987, den grenzfall regelmäßig einmal im Monat herauszubringen. Inzwischen wird das Blättchen mit Ormig-Maschinen vervielfältigt und erreicht somit eine höhere Auflage. Thematisiert werden Menschen- und Bürgerrechtsprobleme in der DDR und anderen kommunistischen Ländern, aufbereitet als Meldungen, Hintergrund- oder Augenzeugenberichte. Das Signet des Blattes zeigt einen morschen Schlagbaum, aus dem Zweige sprießen.

Der grenzfall entwickelt sich zu einer der bekanntesten Untergrundpublikationen und kommt dabei bewusst gänzlich ohne kirchliche Unterstützung aus. Das wirkt sich erfrischend auf den Inhalt aus und senkt den Hang zur Selbstzensur.

Umweltblätter

Ab April 1987 erscheinen die Umweltblätter. Angesichts der wachsenden Nachfrage werden sie mit Wachsmatrizen vervielfältigt. Bei diesem Verfahren können mehr als 1.000 Blätter mit einer Matrize abgezogen werden. Die Umweltblätter erscheinen mit dem Vermerk „nur für den innerkirchliche Dienstgebrauch“. Dabei bedienen sich die Herausgeber eines

Paragrafen der staatlichen „Anordnung über das Genehmigungsverfahren“ aus dem Jahre 1959, nach dem innerkirchliche Publikationen ohne staatliche Genehmigung erscheinen dürfen. Die Redaktion erhofft sich dadurch einen gewissen Schutz zumindest beim Drucken. Verteilt werden die Hefte natürlich auch außerhalb der Kirchen.

Die Umweltblätter, die mindestens jeden zweiten Monat erscheinen, behandeln Themen wie Umweltschutz, die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten oder die Friedensbewegung im eigenen Land. Darüber hinaus wird ausführlich über die Aktivitäten der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und ihre Konflikte mit Staat und Kirche informiert. Somit trägt das Blatt wesentlich dazu bei, dass sich die DDR-Opposition stärker untereinander vernetzt.

#### Lausitzbotin

Im Januar 1989 verteilt die Zittauer Regionalgruppe des Grünen Netzwerks Arche etwa 200 Exemplare der Lausitzbotin. Im Vordergrund des Blattes stehen vor allem Probleme der Lausitz, einem riesigen Braunkohleabbaugebiet, welches von polnischen, tschechischen und ostdeutschen Kraftwerken mit immensem Schadstoffausstoß eingekreist ist. So werden die Leser über die miserable Luftsituation in und um Zittau aufgeklärt. Es geht aber auch um die Verhaftungen von Leipziger Oppositionellen und das Sputnik-Verbot. Die erste Ausgabe wird privat im Wohnzimmer von Thomas Pilz abgezogen. Das Papier für 200 Exemplare besorgen die Jugendlichen in vielen verschiedenen Papierläden. Zum einen ist Papier Mangelware in der DDR, zum anderen will man nicht unnötig Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das Heft erscheint mit dem Hinweis „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ und dem Vermerk „herausgegeben in der Region Lausitz im Grünen Netzwerk Arche in den Evangelischen Kirchen der DDR“.

Die Herausgabe von Samisdat-Literatur ist für DDR-Verhältnisse ein Quantensprung und stellt den Anfang einer inoffiziellen Publizistik dar, mit der sich die Opposition der DDR ein eigenes Forum gibt und den Anspruch erhebt, eine demokratische Öffentlichkeit zu schaffen. Dabei geht es nicht nur um Informationen, die von den Machthabern verschwiegen werden, sondern vor allem darum, konkrete Erfahrungen weiterzugeben. Beispiele unangepassten Verhaltens werden geschildert, Aktionen von Gruppen und Einzelpersonen.

Die meisten der oppositionellen Blätter werden unter dem Schutz der Kirche herausgegeben, so zum Beispiel die Umweltblätter und die Lausitzbotin. Der Grenzfall ist eines der wenigen Blätter, das außerhalb des kirchlichen Schutzraumes herauskommt und damit nicht an die Vorgaben der Evangelischen Kirche gebunden ist. Während die Umweltblätter auch in kirchlichen Räumlichkeiten (Zionskirche) gedruckt werden, entstehen der Grenzfall und die Lausitzbotin in privaten Räumlichkeiten. Mit 1.000 Exemplaren sind die Umweltblätter die auflagenstärkste Oppositionszeitung. Sie sind zudem thematisch am breitesten aufgestellt, während die Lausitzbotin sich schwerpunktmäßig auf Umweltthemen in der Lausitz konzentriert. Während sich die Lausitzbotin eher an die regionale Bevölkerung richtet, versuchen Grenzfall und Umweltblätter eine landesweite Leserschaft anzusprechen.

b) Frank Ebert (Umweltblätter) und Peter Grimm (Grenzfall) berichten übereinstimmend, dass es in der DDR nahezu unmöglich ist, an die Druckutensilien zu kommen. Die Druckmaschinen und die Matrizen müssen aus der Bundesrepublik in die DDR geschmuggelt werden. Organisiert wird diese Hilfe von ehemaligen DDR-Oppositionellen, die nun in der Bundesrepublik und West-Berlin leben. Westliche Journalisten, Diplomaten und westdeutsche Politiker helfen, die Sachen in die DDR zu bringen. Ein weiteres Problem ist die Beschaffung von Druckpapier. Dies wird in der DDR selbst besorgt. Da es in den Papierwarengeschäften nur geringe Vorräte gibt, müssen Viele mithelfen aus unterschiedlichen Geschäften das Papier zu besorgen. Auch können nur kleinere Mengen gekauft werden, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen.

Die Mitarbeiter bei den Oppositionszeitungen müssen mit größter Vorsicht vorgehen, weil die

Staatssicherheit die Arbeiten dieser Gruppen genau überwacht. Die Furcht ist groß, dass die Gruppen von Stasi-Mitarbeitern unterwandert werden könnten oder dass die Zeitungen beschlagnahmt und die Mitarbeiter verhaftet werden.

(Zeitraumen ca. 45 min)

5. Die wichtigsten Themen, die in den 1980er Jahren von der Oppositionsbewegung in der DDR aufgegriffen werden, sind Frieden, Umweltzerstörung und Menschenrechte. Eine Gruppe, die diese Themen miteinander verbindet, ist die Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM). Sie wird zu einer der wichtigsten oppositionellen Gruppen in der DDR (Zion 86 > Umwelt, Frieden und Menschenrechte > Initiative für Frieden und Menschenrechte).

a) Beweggrund für die Gründung der IFM ist es, die Positionen der DDR-Opposition auszuformulieren. Zukünftig soll nicht mehr nur auf die SED-Politik reagiert und einzelne Forderungen aufgestellt werden, sondern es soll ein politischer und gesellschaftlicher Gegenentwurf zum SED-Staat entwickelt werden. Außerdem will man nicht mehr unter dem Dach der Kirche agieren, sondern den Weg an die Öffentlichkeit antreten. Grundlage der Positionen der IMF sollen die Menschen- und Grundrechte sein, die Fundamente eines jeden demokratischen politischen Systems sind. Damit versucht man auch eine gemeinschaftliche Basis für die Vorstellungen der unterschiedlichen Oppositionsgruppen zu schaffen.

b) Angestoßen von Mitgliedern eines Friedenskreises aus dem Umfeld der Berliner Bekenntnisgemeinde bereiten verschiedene Friedenskreise ein Seminar über Menschenrechtsfragen vor. Das Seminar soll über die Westmedien einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und auch Mitglieder der Grünen-Bundestagsfraktion sollen eingeladen werden. Die Durchführung eines solchen Seminars ist auch unter dem Dach der Kirche ein Wagnis. Der SED-Staat, der täglich Menschenrechtsverletzungen begeht, hat die berechtigte Angst, dass sich aus dem Seminar eine dauerhafte Menschenrechtsgruppe etabliert. Den DDR-Behörden gelingt es, auf die verantwortlichen Kirchenvertreter so viel Druck auszuüben, dass das Seminar letztlich verboten wird.

Unter den Organisatoren entstehen heftige Auseinandersetzungen. Ein Teil fordert in einem Grundrechtekatalog bürgerliche und politische Grundrechte ein und zielt auf die Gründung einer Menschenrechtsgruppe. Zu dieser Gruppe gehören Wolfgang Templin, Ralf Hirsch und Peter Grimm. Der andere Teil um Vera Wollenberger (später Vera Lengsfeld), Reinhard Schult und Wolfgang Wolf will die Einforderung der Einhaltung der Menschenrechte unmittelbar mit einer grundlegenden Reform der Gesellschaft verbinden. Die Gründung einer reinen Menschenrechtsgruppe lehnen sie ab, da sie Menschenrechtsarbeit als einen Teil von Friedensarbeit begreifen. Die Gruppe um Templin fasst schließlich - ohne Absprache mit den anderen - das Gründungspapier der Initiative Frieden und Menschenrechte. Nach dieser Aktion kommt es zum Bruch zwischen beiden Gruppierungen, der durch geschicktes Argumentieren eingeschleuster Stasi-Mitarbeiter noch verstärkt wird. Die Staatssicherheit versucht mit der Methode der Zersetzung die Oppositionellen zu spalten. Dabei werden die Unterschiede zwischen den Gruppen durch geschickte Argumentation von informellen Stasi-Mitarbeitern noch verstärkt. Wollenberger, Schult und Wolf bilden zusammen mit anderen die Gruppe Gegenstimmen.

(Zeitraumen ca. 30 min)

6. Lange Zeit ist es für die Oppositionsgruppen in der DDR nicht möglich, verbotene Literatur zu sammeln und einem größeren Benutzerkreis zugänglich zu machen. Deshalb wird im Sommer 1986 die Umwelt-Bibliothek gegründet. In der Berliner Zionskirche können von der Umwelt-Bibliothek zwei Kellerräume genutzt werden.

a) Schon länger wird in der DDR-Umweltbewegung darüber nachgedacht, einen gemeinschaftlich nutzbaren „Bücherschrank“ in Form einer Bibliothek einzurichten. Verbotene Bücher, die sich im privaten Besitz befinden, sollen einem größtmöglichen Leserkreis zugänglich gemacht werden. Die Umwelt-Bibliothek Berlin (UB) versucht diese Idee umzusetzen und damit das staatliche Informationsmonopol zu unterlaufen und dem stetig wachsenden Informationsbedürfnis in den gesellschaftskritischen Kreisen Rechnung zu tragen.

b) Die Begründer der Umwelt-Bibliothek wollen etwas gegen das Informationsdefizit in der DDR-Bevölkerung unternehmen. Sie wollen westliche Literatur zugänglich machen. Da dies offiziell verboten ist, suchen sie für ihre Arbeit den kirchlichen Raum. Über Kontakte in den Westen beschaffen sie die Literatur, die über West-Berlin in den Osten geschmuggelt wird. Während der unzureichenden Informationspolitik der DDR-Behörden nach dem Super-GAU in Tschernobyl zeigt sich, wie groß der Informationsbedarf in der Bevölkerung ist. Die Menschen suchen bei der Kirche und in der Umwelt-Bibliothek Rat.

Uta Ihlow, die ausgebildete Bibliothekarin ist, wird von Mitgliedern der Umwelt-Bibliothek angesprochen, ob sie die Bibliothek aufbauen und betreuen möchte. Nach anfänglichem Zögern besucht sich nach Monaten zum ersten Mal die UB. Sie beschreibt eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens zwischen den Oppositionellen, wenn man neu dazu stößt. Zunehmend wird sie in die Arbeit eingebunden und ist schließlich auch am Druck der Umweltblätter beteiligt. Sie berichtet, dass gerade viele junge Menschen ab 14 bzw. 15 Jahren die Bibliothek besuchen. Sie interessieren sich meist für Umweltthemen oder suchen Informationen zur Wehrdienstverweigerung. Auch Studenten zählen zu den Nutzern der Umwelt-Bibliothek.

c) In der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 ist die Berliner Umwelt-Bibliothek (UB) Ziel eines Überfalls des Staatssicherheitsdienstes der DDR unter dem Decknamen "Falle". Ungefähr zwanzig Stasi-Mitarbeiter unter der Leitung eines Staatsanwaltes stürmen mit dem Befehl "Hände hoch, Maschinen aus!" die Räume der UB im Gemeindehaus der Zionskirche im Prenzlauer Berg.

Die anwesenden sieben UB-Mitglieder werden verhaftet. Einige werden ins Polizeipräsidium, andere ins Stasi-Untersuchungsgefängnis gebracht. Von der Stasi mitgenommen werden nicht nur alle Schriftstücke, derer sie habhaft werden können, sondern auch alle Vervielfältigungsgeräte der UB.

Die Aktion der Stasi in dieser Nacht gilt vordergründig gar nicht der Umwelt-Bibliothek an sich. Natürlich sind die Aktivitäten der UB dem Staat ein Dorn im Auge, doch solange den Aktivisten der UB keine Straftaten nachgewiesen werden können, sind sie unter dem Dach der Kirche recht gut gegen staatlichen Zugriff geschützt.

Eigentlich sollen in dieser Nacht die Drucker der UB dabei überrascht werden, wie sie den illegalen Grenzfall, die Publikation der verbotenen Initiative für Menschenrechte (IFM) drucken. Damit hätte die Stasi zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen hätte man die Redaktion des Grenzfall auf frischer Tat ertappt und zum anderen hätte man die UB wegen des Drucks nicht genehmigter Publikationen diskreditieren - wenn nicht sogar schließen können.

Der Grenzfall, der sonst vor allem in Privatwohnungen gedruckt wird, soll auf Vorschlag des Stasi-Mitarbeiters Rainer Dietrich, der gleichzeitig Grenzfall-Redakteur ist, in der Umwelt-

Bibliothek gedruckt werden. In der Nacht des Überfalls versucht er, die Redakteure des grenzfall, die eigentlich aus Sicherheitsgründen nicht beim Druck dabei sein sollen, zu überreden, doch in die Zionskirche zu fahren - aber Dietrichs Wagen (ein Trabant) springt nicht an. Laut Peter Grimm hat Dietrich einfach keine Chance seinen Führungsoffizier zu benachrichtigen, dass die Redakteure des grenzfall nicht erscheinen werden und erfindet die Trabant-Geschichte. Die bei der Zionskirche wartenden Stasi-Leute verlieren die Geduld. Ohne dass die grenzfall-Leute eingetroffen sind, starten sie schließlich die Aktion.

d) Till Böttcher berichtet, dass die Stasi-Mitarbeiter im Handstreich die Bibliothek besetzen und die Menschen mit vorgehaltender Pistole zusammentreiben. Im Hintergrund läuft noch das Lied „Keine Macht für niemand“ von der Gruppe „Ton, Steine, Scherben“. Alle, die sich in der Druckerei aufhalten, werden verhaftet und zu weiteren Verhören mitgenommen. Über den Pfarrer der Zionskirche wird Bärbel Bohley benachrichtigt, die die Informationen an die westdeutschen Medien weiter gibt. Bald darauf werden die ersten Berichte über die Stasi-Aktion gesendet.

Uta Ihlow, die zu dieser Zeit Galeriedienst in der Bibliothek hat, wird von der Aktion überrascht als sie Getränke in die Druckerei bringen will. Auch sie wird verhaftet und verhört. Bei einer Hausdurchsuchung findet die Staatssicherheit in ihrer Wohnung kein belastendes Material und so wird sie wieder freigelassen. Nach einem Anruf ihrer Chefin von der Universitätsbibliothek bei ihren Eltern, warum Uta nicht zur Arbeit erschienen sei, wird der Vater stutzig. Mit der Ahnung, dass seine Tochter verhaftet sein könnte, nimmt er alle belastenden Materialien aus ihrer Wohnung wie zum Beispiel ihr Tagebuch an sich.

Peter Grimm, einer der grenzfall-Redakteure berichtet, dass die Redaktion beim Druck der neuen grenzfall-Ausgabe anwesend sein soll. Wolfgang Rüdtenklau von der Umwelt-Bibliothek hält dies jedoch nicht für eine gute Idee. Deshalb entscheidet die Redaktion bewusst, sich öffentlich in einer Kneipe zu treffen, um jeden Verdacht von sich zu lenken. Der informelle Stasi-Mitarbeiter wird davon kurzfristig unterrichtet, weil man ihn nicht telefonisch erreichen konnte. Als er zu dem Treffen kommt und erfährt, dass die Redakteure nicht in der Umwelt-Bibliothek sein werden, ist es zu spät, um seine Stasi-Vorgesetzten zu informieren.

e) Letztlich ist die Aktion für die Stasi ein Schlag ins Wasser. Weder findet sie die Leute von der Redaktion des grenzfall noch kann sie die Umwelt-Bibliothek und ihre Mitarbeiter öffentlich kriminalisieren. Stattdessen hat der Überfall eine breite Solidaritätsaktion und die Bekanntmachung von UB und Oppositionsarbeit zu Folge. Über Nachrichtensendungen im Westfernsehen werden viele DDR-Bürger über den Überfall informiert. Die meisten von ihnen erfahren auf diesem Weg überhaupt das erste Mal von der Existenz der UB. Die Staatssicherheit macht somit unfreiwillig Werbung für die Arbeit der Umwelt-Bibliothek.

(Zeitraumen ca. 60 min)

7. Auch Schüler können in der DDR zu Feinden des Sozialismus werden. Im September 1988 werden drei Schüler und eine Schülerin der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin unter schweren Vorwürfen von der Schule entfernt.

a) An die Wandzeitungen der Carl-von-Ossietzky-Schule hängen einige Schüler Beiträge mit ihren eigenen Gedanken über die Streiks in Polen und den Unsinn der jährlich stattfindenden Militärparaden in der DDR. Zudem organisiert einer der Schüler eine Unterschriftenaktion bei Eltern und Schülern, um gegen die Militärparade zum DDR-Jubiläum am 7. Oktober 1988 zu demonstrieren. Die Schüler wollen offen über allgemeine Entwicklungen in den Staaten des Ost-Blocks und die Militarisierung der DDR-Öffentlichkeit und -Gesellschaft diskutieren und

öffentlich ihre Meinung äußern dürfen.

b) Philipp Lengsfeld steht nach wie vor zu seiner Meinung, würde sie aber nicht mehr so äußern, da er und die anderen Schüler noch zu jung seien, um Konflikte dieser Schärfe mit den DDR-Behörden austragen zu können. Er hätte nicht geglaubt, dass ihre Meinungsäußerungen dazu führen, dass für die DDR-Behörden eine imaginäre Grenze überschritten wird. Er zeigt sich von dem harten Vorgehen der Schulbehörden überrascht.

c) Die Schüler sollen Beispiele nennen, wie an ihrer Schule Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Schülern untereinander, aber auch zwischen Schülern und Lehrern bearbeitet und gelöst werden. Genannt werden können hier Vertrauenslehrer, die von den Schülern gewählt werden und an die sie sich bei Problemen wenden können. An vielen Schulen gibt es auch Schüler, die als Streitschlichter fungieren. Sie erhalten eine spezielle Ausbildung und arbeiten mit den Vertrauenslehrern zusammen. Auch Klassensprecher oder Schulsprecher sind Ansprechpartner für die Schüler. Mit Hilfe dieser Institutionen, zu denen auch Schülerparlamente zählen, sollen die Schüler an der Entwicklung der Schule beteiligt werden.

Über Schwarze Bretter oder Schülerzeitungen können die Schüler ebenfalls ihre Meinungen äußern. Jedoch kann es auch heutzutage zu Konflikten zwischen Lehrern und Schülern wegen Meinungsverschiedenheiten kommen. Auch der Schulverweis ist als disziplinarische Maßnahme immer noch vorgesehen. Jedoch werden Schüler hier nicht gänzlich vom Zugang zur Bildung ausgeschlossen, sondern werden auf eine andere Schule versetzt.

In der Diskussion könnte es dazu kommen, dass Schüler argumentieren, dass sie gegenüber den Lehrern immer in der schlechteren Position sind, wenn sie ihre Meinung frei äußern und diese nicht mit der des Lehrers übereinstimmt. Hier muss jedoch deutlich gemacht werden, dass heute niemandem gänzlich das Recht auf Bildung verwehrt werden darf und dass auch Lehrer Meinungsgegensätze aushalten müssen, so lange die eigene Persönlichkeit nicht verletzt wird. Gerade die schulische Mitbestimmung und die Gleichberechtigung von Schülern und Lehrern ist ein wichtiger Baustein einer demokratischen Gesellschaft. Die Schule ist der erste öffentliche Ort, wo Kinder und Jugendliche Demokratie leben und mitgestalten können.

(Zeitraumen ca. 45 min)

8. Gegen Jugendliche, die sich für einen alternativen Lebensstil entscheiden und somit nicht ins offizielle Bild des sozialistischen Jugendlichen passen, gehen die DDR-Behörden hart vor. Schikanen und ständige Kontrollen durch die Sicherheitskräfte sind z.B. für Punks an der Tagesordnung.

Die DDR-Behörden wollen alternative Jugendliche aus der Öffentlichkeit in der DDR verbannen. Berichte und Interviews mit solchen Jugendlichen werden konsequent behindert. Wo immer Probleme auftreten, an denen auch alternative Jugendliche beteiligt sind, werden diese sofort dafür verantwortlich gemacht. Alleine wegen ihres Aussehens werden sie ständig mit Hinweis auf eine Fahndungskontrolle festgehalten. Es reicht schon, wenn man eine Lederjacke mit Aufnähern und Buttons bzw. Nieten trägt oder einen Schlafsack dabei hat. Um solche Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, werden gegen sie Platzverweise in Form von Innenstadt- oder Bahnstabsverboten ausgesprochen. Oft ziehen Kontrollen auch Ordnungsstrafen nach sich, die mit Banalitäten begründet werden. Auch wenden Polizeikräfte oftmals Gewalt gegen alternative Jugendliche an.

(Zeitraumen ca. 30 min)



9. Für viele Oppositionsgruppen bietet die Evangelische Kirche in der DDR den einzigen Raum, sich einigermaßen frei von staatlichen Zwängen engagieren zu können. So können unter dem Schutz der Kirche oppositionelle Veranstaltungen und Aktivitäten durchgeführt werden.

a) Ab Mitte der 1980er Jahre verstärkt sich der Konflikt zwischen Oppositionsgruppen und Kirchenleitung. Ursache ist die zunehmende Aktivität der Opposition und ihre immer besser funktionierende Vernetzung. Teilweise, wie Anfang 1989 in der Leipziger Nikolaikirche geschehen, werden besonders aktive Oppositionsgruppen auf Druck des Staates sogar aus den Räumen der Kirche verwiesen. Dies führt dazu, dass sich immer mehr Oppositionsgruppen aus dem Schutz der Kirche lösen. Doch der Einfluss der angepassten Kirchenfunktionäre innerhalb der Kirche schwindet in dem Maße, in dem die Repressalien der DDR-Sicherheitsorgane gegen Oppositionelle zunehmen. Immer weniger Christen haben Verständnis für den Schmusekurs der Amtskirche gegenüber dem SED-Staat. In der Revolutionszeit bilden die Kirchen im ganzen Land den Ausgangspunkt vieler Demonstrationen und sind wichtige Sammelorte der oppositionellen Bewegung.

b) Hintergrund der Gründung der Kirche von Unten ist die Unzufriedenheit mit der Evangelischen Kirche in der DDR. Diese verhalte sich der SED gegenüber zu kompromissbereit, so die Kritik. Mit der Neugründung will man sich dem Druck der Kirche und des Staates entziehen und selbstverwaltete Gemeinden aufbauen. Zudem gibt es immer wieder Konflikte mit konservativen, politikfernen Gemeinden, die so umgangen werden. Kritik wird auch am Prinzip der Ortsgemeinde geübt, bei der man zu der Gemeinde gehört, wo man ansässig ist. Bei der Kirche von Unten führt man die Personengemeinde ein, bei der man unabhängig vom Wohnort Mitglied sein kann. Generell versteht sich die Kirche von Unten als politische Kirche, die sich in Opposition zur SED sieht und den Kompromisskurs der evangelischen Kirche ablehnt.

(Zeitraumen ca. 30 min)